



über die 4. Sitzung
des Rates
am Dienstag, dem 30. September 2003
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 16:45 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Herr Behrens
Frau Ciecior
Herr Drescher
Frau Dyduch
Herr Eckardt
Herr Etzold
Frau Filthaut
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Henning
Frau Jung
Herr Lipinski
Herr Madeja
Herr Müller
Frau Müller
Herr Rickwärtz-Naujokat
Frau Ruf
Herr Skodd
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Frau Borowiak
Herr Ebbinghaus
Frau Gerdes
Herr Hasler
Herr Hitz
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Klein
Frau Middendorf
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach
Herr Schneider
Herr Weber
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann
Herr Kaminski
Herr Kühnappel
Frau Schneider

Ratsmitglieder FDP

Herr Bremmer
Herr Nieme

Ratsmitglieder BG

Herr Kloß
Herr Lehmann

Ortsvorsteher

Herr Weber

Verwaltung

Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Hupe
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann
Herr Tost

entschuldigt fehlten

Frau Bucek
Frau Lungenhausen

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters der Stadt Kamen am 13.07.2003	160/2003
2.	Verabschiedung des Ortsvorstehers der Ortschaft Kamen-Heeren-Werve	
3.	Neuwahl einer Ortsvorsteherin für die Ortschaft Kamen-Heeren-Werve	152/2003
4.	Umbesetzung von Ratsausschüssen / Vorsitz des Kulturausschusses	136/2003
5.	Neuwahl eines ordentl. und stellv. Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Städt. Sparkasse Kamen	139/2003
6.	Neuwahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Städt. Sparkasse Kamen	135/2003
7.	Neubestellung eines ordentlichen Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung der Projektgesellschaft KÖNIGSBORN mbH	140/2003
8.	Neubestellung eines ordentlichen Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH	143/2003
9.	Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	141/2003
10.	Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	142/2003
11.	Neuwahl eines stellv. Mitgliedes für die Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	145/2003
12.	Neuwahl eines Mitgliedes für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW	146/2003
13.	Wahl eines ordentlichen Mitgliedes für die Regionalkonferenz für die Region Dortmund/Unna/Hamm	133/2003
14.	2. Änderung der Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Kamen für die Schulbücherei der Gesamtschulen und die Schulbücherei des Städt. Gymnasiums	153/2003
15.	Modell "Selbstständige Schule" hier: Abschluss der Kooperationsvereinbarung	163/2003
16.	Jahresabschluss des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 2002	157/2003
17.	Beteiligungsbericht 2002	171/2003
18.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei HhSt. 615.96020 - Erschließung des Gewerbegebietes an der Dortmunder Allee hier: Ausbau von Straßen im BP 8 (Stichweg Buschweg u.a.)	167/2003
19.	Müllentsorgung in der Stadt Kamen ab 01.01.2005 hier: Antrag der CDU-Fraktion	

- 20. Städtisches Hellmig-Krankenhaus Kamen
- Prüfung von Rechtsformen -
hier: Antrag der CDU-Fraktion
- 21. Erweiterung des Aufgabengebietes des dritten Beigeordneten
hier: Antrag der CDU-Fraktion
- 22. Einwohnerfragestunde
- 23. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

160/2003

Gültigkeit der Wahl des Bürgermeisters der Stadt Kamen am 13.07.2003

Beschluss:

Gem. § 46 b Kommunalwahlgesetz i.V. mit § 40 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz bzw. mit § 66 Kommunalwahlordnung wird festgestellt, dass keiner der in § 40 Abs. 1 a – c Kommunalwahlgesetz genannten Fälle vorliegt. Die Wahl des Bürgermeisters der Stadt Kamen vom 13.07.2003 wird für gültig erklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Verabschiedung des Ortsvorstehers der Ortschaft Kamen-Heeren-Werve

Herr **Hupe** verabschiedete Herrn Heinz-Georg Weber aus seinem Amt als Ortsvorsteher der Ortschaft Kamen-Heeren-Werve. Diese Verabschiedung sei insofern etwas Besonderes, da der dienstälteste Ortsvorsteher des Landes Nordrhein-Westfalen sein Ehrenamt niederlege. Herr Hupe würdigte die besonderen Verdienste und das beispiellose Engagement von Herrn Weber sowohl in seiner mehr als 35-jährigen Funktion als Ortsvorsteher als auch darüber hinaus im beruflichen, seelsorgerischen und caritativen Bereich. Abschließend sprach Herr Hupe Herrn Weber im Namen von Rat und Verwaltung sowie stellvertretend für die Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtteils Kamen-Heeren-Werve besonderen Dank und Anerkennung aus.

Zu TOP 3.

152/2003

Neuwahl einer Ortsvorsteherin für die Ortschaft Kamen-Heeren-Werve

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Wahlzeit Frau Ursula Lungenhausen zur Ortsvorsteherin der Ortschaft Kamen-Heeren-Werve.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzungen:

1. **Haupt- und Finanzausschuss**
ordentl. Mitglied
bisher: Hermann Hupe neu: Joachim Eckardt

stellv. Mitglied
bisher: Joachim Eckardt neu: Claudia Ruf
2. **Kulturausschuss**
ordentl. Mitglied
bisher: Hermann Hupe neu: Joachim Eckardt

stellv. Mitglied
bisher: Joachim Eckardt neu: Claudia Ruf
3. **Werksausschuss**
ordentl. Mitglied
bisher: Hermann Hupe neu: Marion Dyduch
4. **Partnerschaftsausschuss**
stellv. Mitglied
bisher: Hermann Hupe neu: Claudia Ruf

sachkundiger Bürger
bisher: S. Schultebraucks neu: Norbert Drüke
5. **Rechnungsprüfungsausschuss**
stellv. Mitglied
bisher: Hermann Hupe neu: Gabriele Bartosch
6. **Straßenverkehrsausschuss**
stellv. Mitglied
bisher: Hermann Hupe neu: Claudia Ruf

stellv. sachkundiger Bürger
bisher: Gerd Heubaum neu: Andreas Friedhoff
7. **Bauausschuss**
stellv. Mitglied
bisher: Hermann Hupe neu: Reinhard Skodd
8. **Wahlprüfungsausschuss**
stellv. Mitglied
bisher: Hermann Hupe neu: Claudia Ruf
9. **Wahlausschuss**
stellv. Beisitzer
bisher: Dieter Kloß neu: Ulrich Lehmann

10. Familien- und Sozialausschuss

stellv. sachk. Bürger

bisher: Jens Fickermann neu: Klaus-Dieter Grosch

11. Gleichstellungsbeirat

sachk. Bürgerin

bisher: Monika Hennigs neu: Gabriele Lenkenhoff

stellv. sachk. Bürgerin

bisher: Gabriele Lenkenhoff neu: Alexandra Möller

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

139/2003

Neuwahl eines ordentl. und stellv. Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Städt. Sparkasse Kamen

Beschluss:

Der Rat wählt für die restliche Wahlzeit des Rates in den Verwaltungsrat der Städt. Sparkasse Kamen:

stellv. Mitglied

bisher: Hermann Hupe neu: Hans-Peter Mause

ordentl. Mitglied

bisher: Monika Hennigs neu: Klaus-Bernhard Kühnapfel

stellv. Mitglied

bisher: Klaus-Bernhard Kühnapfel neu: Jo Achim Sandrock

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

135/2003

Neuwahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Städt. Sparkasse Kamen

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Legislaturperiode Herrn Hermann Hupe zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Städt. Sparkasse Kamen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

140/2003

Neubestellung eines ordentlichen Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung der Projektgesellschaft KÖNIGSBORN mbH

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende der Wahlzeit des Rates als Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Projektgesellschaft KÖNIGSBORN mbH.

ordentliches Mitglied:

bisher: Hermann Hupe neu: Gabriele Bartosch

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

143/2003

Neubestellung eines ordentlichen Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende der Wahlzeit des Rates als Mitglied in den Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH:

ordentliches Mitglied

bisher: Hermann Hupe neu: Marion Dyduch

stellv. Mitglied

bisher: Marion Dyduch neu: Claudia Ruf

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.

141/2003

Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende der Wahlzeit des Rates als Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH:

ordentliches Mitglied:

bisher: Hermann Hupe neu: Friedhelm Lipinski

stellv. Mitglied:

bisher: Friedhelm Lipinski neu: Dieter Drescher

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.

142/2003

Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende der Wahlzeit des Rates als Mitglied für den Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH:

ordentliches Mitglied:

bisher: Manfred Erdtmann neu: Hermann Hupe

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.

145/2003

Neuwahl eines stellv. Mitgliedes für die Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende seiner Wahlzeit als ordentliche und stellvertretende Mitglieder für die Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen:

ordentliches Mitglied

bisher: Joachim Eckardt neu: Claudia Ruf

stellv. Mitglied

bisher: Hermann Hupe neu: Joachim Eckardt

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 12.

146/2003

Neuwahl eines Mitgliedes für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW

Beschluss:

Der Rat wählt für die restliche Legislaturperiode als Vertreter für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW

ordentliches Mitglied

bisher: Hermann Hupe neu: Marion Dyduch

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.

133/2003

Wahl eines ordentlichen Mitgliedes für die Regionalkonferenz für die Region Dortmund/Unna/Hamm

Beschluss:

Der Rat wählt bis zum Ende der Legislaturperiode des Rates

Herrn Bürgermeister Hermann Hupe

als ordentliches Mitglied in die Regionalkonferenz für die Region Dortmund/Unna/Hamm.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.

153/2003

2. Änderung der Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Kamen für die Schulbücherei der Gesamtschulen und die Schulbücherei des Städt. Gymnasiums

Beschluss:

Die vorgelegte „Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Kamen für die Schulbücherei der Gesamtschulen und die Schulbücherei des Städt. Gymnasiums vom“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 15.

163/2003

Modell "Selbstständige Schule"
hier: Abschluss der Kooperationsvereinbarung

Beschluss:

Die Stadt Kamen beteiligt sich mit der Städt. Realschule am Modellvorhaben "Selbstständige Schule" des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Kooperationsvereinbarung zwischen der Städt. Realschule, der Stadt Kamen, dem Land NRW sowie der Projektleitung (Bertelsmann Stiftung) abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Rickwärtz-Naujokat** führte aus, dass der Krankenhausausschuss den Jahresabschluss des Städt. Hellmig-Krankenhauses für das Jahr 2002 einstimmig verabschiedet habe. Leider habe man zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Geschäftsjahr 2002 mit einem Minus von rd. 693.000,00 € abgeschlossen habe. Die WIBERA weise als Gründe insbesondere den höheren Mehraufwand für Energiekosten, die Steigerung im Personalkosten- und Materialbereich sowie die kürzere Verweildauer der Patienten aus. Hierbei müsse gesehen werden, dass sich das Jahresergebnis trotz gestiegener Erlöse im stationären und ambulanten Bereich sowie Einsparungen bei der Mitarbeiterzahl verschlechtert habe. Angesichts eines prognostizierten Defizits im Jahre 2003 in Höhe von 450.000,00 € seien kurz- und mittelfristige Maßnahmen zu ergreifen. Die Suche nach Einsparungsmöglichkeiten im Personalbereich, soweit diese hier überhaupt noch möglich seien, und beim Materialaufwand, müsse konsequent fortgesetzt werden. Ziel müsse ferner sein, durch konkrete Untersuchungen und Überlegungen im Energiebereich zu wesentlichen Einsparungen zu kommen. Weiterhin sollten durch Werbung für das Krankenhaus und durch die weitere gute Leistung aller im Krankenhaus Beschäftigten die Belegzahlen erhöht werden. Als weitere Maßnahmen nannte Herr Rickwärtz-Naujokat die Ausweitung des medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Angebotes sowie das Voranbringen der geplanten Errichtung eines Ärztehauses. Auf der Grundlage des Gutachtens der Fa. ThyssenKrupp müsse ein Gesamtkonzept erstellt werden mit dem Ziel, das Krankenhaus auf kommunaler Basis zu erhalten. Die SPD-Fraktion werde zu diesem Thema noch einen Antrag einbringen. Herr Rickwärtz-Naujokat war zuversichtlich, dass die Belegschaft des Krankenhauses dank ihrer guten Arbeit auch weiterhin vertrauensvoll in die Zukunft blicken könne.

Auf Nachfrage von Herrn **Bremmer** machte Herr **Hupe** deutlich, dass die Tagesordnungspunkte 16 und 20 getrennt beraten werden sollten. Der angekündigte Antrag liege noch nicht vor.

Frau **Scharrenbach** brachte in Erinnerung, dass das Krankenhaus bereits mit einem Fehlbetrag in das Jahr 2002 gestartet sei. Der Jahresabschluss 2002 zeige deutlich die chronische Unterfinanzierung des Krankenhauses. Auf der Ertragsseite sei das Krankenhaus abhängig von dem zugewiesenen Budget des Bundes. Die Budgetanhebung von 0,8 % im Jahr 2002 habe sich als nicht ausreichend erwiesen, um allein die Personalkostensteigerungen aufzufangen. Die starren Reglementierungen ermöglichten auch keine beliebige Ertragssteigerung. Der Jahresabschlussbericht der Fa. WIBERA sage deutlich, dass die Ursache des Fehlbetrages in der Personalkostensteigerung liege. Die CDU-Fraktion habe bereits mehrfach auf diese BAT-Schere hingewiesen. Im vergangenen Jahr seien aber Anstrengungen unternommen und Sparmaßnahmen eingeleitet worden, um den Jahresfehlbetrag senken und das Krankenhaus am Standort Kamen erhalten zu können. Der Erhalt des Krankenhauses sei, wie sie verstanden habe, auch erklärtes Ziel aller Fraktionen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse man sich frühzeitig mit der Frage der langfristigen Ausrichtung und Bestandssicherung befassen. Dabei seien die vorhandenen Stärken und Schwächen realistisch einzuschätzen. Der Rat habe das Thema "Städt. Hellmig-Krankenhaus" lange verzögert. Es dürfe nicht suggeriert werden, dass das Krankenhaus auf Dauer stark sein werde.

Die CDU-Fraktion habe Einschätzungen vorgenommen und ihre Vorstellungen für das weitere Vorgehen in dem Antrag zum Tagesordnungspunkt 20 dargelegt.

Obwohl eine Abgrenzung der Tagesordnungspunkte schwierig sei, so Frau **Dyduch**, sollte zunächst die Feststellung über den Jahresabschluss getroffen werden. Die SPD-Fraktion habe bereits mehrfach betont, dass bei den Einsparmaßnahmen im Krankenhaus die Schmerzgrenze erreicht sei. Der Erhalt des Krankenhauses in Kamen für die Grundversorgung der Kamener Bevölkerung und der Menschen in der Umgebung sei für ihre Fraktion sehr wichtig. Der Jahresabschluss führe allerdings zwangsläufig zu Überlegungen für die Zukunft.

Herr **Kaminski** entgegnete auf die Ausführungen von Frau Scharrenbach, dass es sich bei dem Finanzproblem des Krankenhauses nicht um ein kamenspezifisches Problem handele. Die schlechte Finanzsituation der Krankenhäuser sei vergleichbar mit der schlechten kommunalen Finanzsituation und betreffe ca. 90 % der Einrichtungen und Kommunen. Die Problematik sollte wie mit den Fraktionen vereinbart zunächst intern mit der Verwaltung und der Geschäftsführung erörtert und nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 2002 in der vorgelegten Form fest.

Die Kapitalrücklage reduziert sich durch Abschreibungen für das Personalwohnheim auf 55.527,23 €.

Der Bilanzverlust des Jahres 2002 beträgt insgesamt 487.607,87 € und beinhaltet den Verlustvortrag aus dem Geschäftsjahr 2001 in Höhe von 130.860,48 €.

Der Bilanzverlust wird mit der bestehenden Gewinnrücklage ausgeglichen.

Unter Berücksichtigung der Entnahme aus einer zweckgebundenen Rücklage in Höhe von 255.645,94 € zur Anschaffung von Software und Lizenzen beträgt die Gewinnrücklage 1.533.875,64 €, wobei der Ausgleich des Bilanzverlustes in Höhe von 487.607,87 € noch zu berücksichtigen ist.

Die Höhe des festgelegten Eigenkapitals bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 17.

171/2003

Beteiligungsbericht 2002

Beschluss:

1. Der Bericht über die Beteiligungen der Stadt Kamen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts gem. § 112 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, durch Bekanntmachung die Einwohner Kamens auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in den Kamener Bekanntmachungen – Amtsblatt der Stadt Kamen – hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 18.

167/2003

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei HhSt. 615.96020
Erschließung des Gewerbegebietes an der Dortmunder Allee
hier: Ausbau von Straßen im BP 8 (Stichweg Buschweg u.a.)

Herr **Hasler** zeigte sich verwundert über die Höhe der Mehrkosten für die Baumaßnahme von 70 % und bat um entsprechende Begründung.

Da eine sofortige detaillierte Erläuterung nicht möglich war, sagte Herr **Hupe** auf die Bitte von Herrn **Bremmer** hin die Beantwortung mit dem Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung:

Die Ermittlung der Endausbaukosten für den Stichweg am Buschweg sowie der Deckensanierung der Einmündung Borsigstr. / Dortmunder Allee wurden Ende 2001 – in der Übergangszeit von DM auf Euro – mit 200.000,00 € ermittelt. Im Zuge der im Sommer 2002 erstellten Mittelanmeldung für das Haushaltsjahr 2003 wurden die bereits in Euro ermittelten Baukosten in Höhe von 200.000,00 € als DM-Betrag betrachtet und somit nochmals in Euro umgerechnet und als Mittelveranschlagung mit 100.000,00 € in den Haushalt eingestellt.

Beschluss:

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 70.000 € bei der HhSt. 615.96020, Erschließung des Gewerbegebietes an der Dortmunder Allee, zu Lasten der HhSt. 270.95070, Erweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 19.

Müllentsorgung in der Stadt Kamen ab 01.01.2005
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Kissing** begründete die Antragstellung mit dem Zeitdruck im Hinblick auf bestehende Verträge und Kündigungsfristen. Im laufenden Jahr müsse Klarheit geschaffen werden, wie die Müllentsorgung ab 01.01.2005 organisiert werden solle.

Herr **Baudrexl** sah es als selbstverständlich an, dass angesichts der Zielsetzung 2005 intensiv mit den möglichen Partnern Bergkamen und Bönen über ein neues Konzept beraten werden müsse. Zu berücksichtigen seien natürlich die unterschiedlichen rechtlichen Bindungen und Vorbereitungsmaßnahmen der möglichen Kooperationspartner. In Kamen stelle sich aufgrund der jährlichen Vertragsverlängerung die Situation weniger kompliziert dar. Die Verwaltung habe mit der Stadt Bergkamen und der Gemeinde Bönen eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, die intensiv arbeite und auch bereits mehrfach zusammen gekommen sei. Die Arbeitsgruppe trage Fakten zusammen, leiste Vorarbeiten und analysiere mögliche Varianten der zukünftigen Zusammenarbeit, um den jeweiligen Verwaltungsleitungen die Vor- und Nachteile vorstellen zu können. Diese seien in den Verwaltungsleitungen zu diskutieren. Abgestimmt zwischen den 3 Kommunen müssten Richtungen aufgezeigt werden, die dann später auch einer politischen Beschlussfassung bedürften. Die Stadt Kamen

entscheide aufgrund des Arbeitsauftrages nicht allein und könne daher ohne Abstimmung mit den Kooperationspartnern öffentlich keine Aussagen machen. Vor diesem Hintergrund sollten auch Zwischenergebnisse nicht öffentlich vorgetragen werden. Auf Ebene der Verwaltungsleitungen sollten die Richtungsvorgaben noch in diesem Herbst festgelegt werden, um dann mit abgestimmten Vorschlägen in die Politik gehen zu können.

Aufgrund der Ausführungen von Herrn Baudrexl stelle er fest, so Herr **Kissing**, dass die Arbeitsgruppe und die Verwaltungsleitungen noch zu keinem Ergebnis gelangt seien. Herr Kissing bat um Mitteilung, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form das Thema politisch diskutiert werden könne.

Die Verwaltungen seien noch nicht so weit, den Parlamenten einen gemeinsam abgestimmten Beschlussvorschlag unterbreiten zu können, bestätigte Herr **Baudrexl**. Die gemeinsame Müllentsorgung ab 1.1.2005 setze voraus, dass alle Partner auf diesen Termin hinarbeiten und ähnliche Vorstellungen für ein neues Konzept haben. Wenn es gelinge, einen gemeinsamen Vorschlag zu entwickeln, sei mit Blick auf die Zeitachse vorstellbar, dass Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres konkrete Vorschläge in die politische Abstimmung gebracht werden müssen. Die Zeitschiene hänge aber nicht allein von der Stadt Kamen ab.

Zu TOP 20.

Städtisches Hellmig-Krankenhaus Kamen
- Prüfung von Rechtsformen -
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** freute sich, dass die SPD-Fraktion nunmehr bereit sei, Vorschläge zum Erhalt des Krankenhauses zu diskutieren. Wie bereits von Herrn Rickwärtz-Naujokat dargelegt, werde für das laufende Jahr ein Defizit von 450.000,00 € prognostiziert. Die eingeleiteten Einsparungsmaßnahmen zeigten Wirkung. So seien im Sachkostenbereich erhebliche Reduzierungen vorgenommen worden. Dringend erforderlich sei noch die Senkung der Energiekosten. Die Tarifierhöhungen konnten leider nur durch die Nichtbesetzung von frei gewordenen Stellen kompensiert werden. Dies sei nicht das Verständnis der CDU-Fraktion von Beschäftigungsförderung. Die Grenze der Belastbarkeit des Krankenhauspersonals sei erreicht. Allerdings sehe die CDU-Fraktion auch, dass Personaleinstellungen angesichts des Bundesangestelltentarifes nicht leistbar seien. Die Tarifierhöhung ab Januar 2004 werde die bereits erzielten Einsparungen wieder aufzehren. Im Rahmen des Jahresabschlussgespräches sei ein Betriebsvergleich vorgestellt worden, der zeige, dass ein vergleichbares Krankenhaus mit erheblich mehr Personal dem Grunde nach weniger Personalkosten hat. Voraussichtlich werde es auch für das Kamener Krankenhaus auf diese Entwicklung hinauslaufen.

Der Träger eines Krankenhauses, führte Frau Scharrenbach weiter aus, müsse sich über die Zukunft des Krankenhauses Gedanken machen und Richtlinien vorgeben, um Investoren finden zu können. Der Einsatz kommunaler Mittel sei nicht möglich. Das vom Bundestag beschlossene Modernisierungsgesetz mache dringend eine Neupositionierung des Krankenhauses erforderlich. Die CDU-Fraktion sei der Ansicht, dass hierzu auch eine Prüfung der Rechtsform gehöre. Die derzeitige Eigenbetriebsform biete dem Krankenhaus nur begrenzte Möglichkeiten. Die CDU-Fraktion sei aber auch bereit, andere Vorschläge zu diskutieren.

Frau **Dyduch** erinnerte an das interfraktionelle Gespräch vor der Sommerpause. Die teilnehmenden Fraktionen seien übereinstimmend der Auffassung gewesen, dass das Thema sensibel behandelt und in weiteren Gesprächen ein gemeinsamer Weg gefunden werden müsse. Die CDU-Fraktion habe sich nicht an diese Absprache gehalten und den öffentlichen Weg gewählt.

Die SPD-Fraktion halte die Beschränkung auf die ausschließliche Prüfung der Rechtsform für eine verkürzte Sichtweise. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, zusammen mit der Krankenhausleitung und den Beschäftigten des Krankenhauses ein Gesamtkonzept zu erstellen. Hierin eingeschlossen sei natürlich auch die Überprüfung der Rechtsform sowie die Aufnahme vorhandener Entwicklungen. Ziel müsse sein, das Krankenhaus für die Zukunft wettbewerbsfähig zu machen.

Frau **Dyduch** übergab Herrn Hupe folgenden Sachantrag der SPD-Fraktion:

“Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Krankenhausleitung und Mitarbeitern des Krankenhauses ein zukunftssicherndes Unternehmenskonzept des Krankenhauses angesichts der veränderten bzw. sich in Veränderung begriffenen Rahmenbedingungen zu erstellen. Selbstverständlich bedarf es hierbei auch der Einbeziehung der Überprüfung der Rechtsform für das Städt. Krankenhaus“.

Herr **Bremmer** kündigte seitens der FDP-Fraktion einen weiteren Sachantrag an.

Herr **Kissing** beantragte zur Beratung in den Fraktionen eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wurde von 17.35 Uhr bis 17.50 Uhr unterbrochen.

Herr **Bremmer** erklärte, dass die FDP-Fraktion bereits vor einem Jahr Überlegungen zu dem sensiblen Thema Krankenhaus angestellt habe. Obwohl ein entsprechend sensibles Vorgehen vereinbart worden sei, habe die CDU-Fraktion das Thema nunmehr öffentlich aufgegriffen.

Die FDP-Fraktion beantrage, dass die Verwaltung Chancen und Risiken einer Privatisierung des Städt. Hellmig-Krankenhauses prüfen und den Rat über das Ergebnis informieren solle. Herr Bremmer wies ausdrücklich darauf hin, dass dies keine endgültige Entscheidung für eine Privatisierung bedeuten solle. Die derzeitige Diskussion mache deutlich, dass der eingeschlagene Weg nicht ausreiche und Alternativen zumindest zu erwägen seien. Seine Fraktion habe sich vor einem Jahr intensiv mit dem Thema Krankenhaus beschäftigt und mit dem Verwaltungsleiter vereinbart, zunächst die Entwicklung über ein Jahr abzuwarten. Trotz zahlreicher sehr lobenswerter Maßnahmen habe sich die finanzielle Lage nicht entscheidend verbessert. Im Gegenteil müsse davon ausgegangen werden, dass die Rücklage des Krankenhauses Ende 2004 weitgehend aufgebraucht sein wird. Der städtische Haushalt lasse den Ausgleich eines weiteren Defizites nicht zu. Ebenfalls bereits vor einem Jahr habe die FDP-Fraktion Gespräche mit einem privaten Investor geführt, der Interesse an einer Übernahme des Krankenhauses habe. Dies sei der Verwaltung zufällig auch bekannt. Auch dem Investor gegenüber habe die FDP-Fraktion erklärt, dass dem neuen Verwaltungsleiter des Krankenhauses zunächst Zeit gegeben werden müsse. Ein privater Betreiber besitze umfangreiches Know-How auf allen Ebenen. Der Betrieb mehrerer Kranken-

häuser bedeute eine wesentlich bessere Marktposition im Vergleich zu einem einzelnen Krankenhaus und bringe Synergieeffekte.

Die CDU-Fraktion kritisiere zwar das Prinzip Hoffnung, ziehe aber nach Auffassung seiner Fraktion nicht die richtigen Konsequenzen. Es dürfe keine Scheinprivatisierung eingeführt werden mit dem Ergebnis, dass ähnlich wie bei der Stadthalle ein Defizit verbleibe und der Rat zudem im Gegensatz zu der derzeitigen Information im Krankenhausausschuss nicht umfassend informiert wird. Der SPD-Antrag wiederhole bekannte Aussagen.

Herr Bremmer führte weiter aus, dass in dem Gespräch mit dem Investor die für seine Fraktion wesentlichen Punkte herausgestellt worden seien. Dies sei die Bestandsgarantie des Krankenhauses am Ort als Haus der Grundversorgung, die Wahrung der Personalrechte und die Sicherung einer Mitbestimmung durch die Stadt. Es bestehe Übereinstimmung darin, das Krankenhaus zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie als Arbeitgeber erhalten zu wollen. Möglicherweise sei die Privatisierung der einzige Weg. Dieser Weg sollte dann allerdings auch zu einem Zeitpunkt beschränkt werden, an dem noch Rücklagen vorhanden seien und der Rat somit in seiner Entscheidung unabhängig sei. Andernfalls könne eine Zwangslage auch zur Erpressbarkeit des Rates führen.

Herr **Kühnapfel** unterstrich, dass seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Vorstellungen von Herrn Bremmer für eine Privatisierung des Krankenhauses nicht unterstützt werden. Die Argumentation passe insofern nicht zusammen, da einerseits privatisiert und andererseits die Mitarbeiter gestärkt werden sollen. Herr Kühnapfel zeigte sich ferner erstaunt, dass die Absprache über das Stillschweigen und die Fortsetzung der interfraktionellen Gespräche nach der Sommerpause von der CDU-Fraktion nicht eingehalten worden sei. Das Verlassen der zuletzt gepflegten Fairness schade der Zusammenarbeit.

Die Rechtsform des Krankenhauses sei für seine Fraktion nur ein kleiner und auch nicht der wichtigste Teilbereich der konzeptionellen Überlegungen. Für seine Fraktion sei sehr wichtig, dass die verschiedenen Akteure bei der Erstellung der Konzeption beteiligt werden. Das bedeute, dass auch die Beschäftigten eingebunden werden. Die Ausführungen von Frau Scharrenbach widersprächen sich an dieser Stelle insofern, als sie einerseits vorgetragen habe, dass die größten Einsparmöglichkeiten bei den Personalkosten lägen und andererseits die Grenze der Belastbarkeit aber schon erreicht sei. Angesichts der hohen Belastungen seien die Vergütungen auch jetzt nicht zu hoch. Eine Senkung der Personalkosten würde aber darauf hinauslaufen, dass Dienstverhältnisse geführt werden müssen, die für den Träger günstiger sind. Ferner treffe die Unterstellung von Frau Scharrenbach nicht zu, dass sich der Träger keine Gedanken mache. Im Gegensatz zur CDU-Fraktion trete der Träger damit aber nicht an die Öffentlichkeit.

Herr **Ebbinghaus** bat darum, im Umgang miteinander das gemeinsame Ziel, Erhalt des Krankenhauses am Standort Kamen, in den Vordergrund zu stellen und Überlegungen seiner Fraktion nicht negativ zu interpretieren.

Die CDU-Fraktion habe bereits vor 2 Jahren in der Öffentlichkeit deutlich gemacht, sagte Herr **Kissing**, dass Maxime ihres Handelns der Erhalt des Krankenhauses sei. Dabei wollte seine Fraktion für verschiedene Lösungen offen sein. Obwohl das vorliegende Gutachten entscheidende Hin-

weise beinhalte, habe sich seitens des Trägers noch nicht viel bewegt. Herr Kissing wies den Vorwurf zurück, dass seitens seiner Fraktion eine Absprache nicht eingehalten worden sei. Die CDU-Fraktion habe einen präzisen Antrag mit einer Situationsbeschreibung des Krankenhauses vorgelegt.

Herr Kissing bewertete die Anträge der CDU- und der SPD-Fraktion im Kern als nicht weit auseinander liegend und schlug in Kombination aus beiden Anträgen folgende Beschlussformulierung vor:

“Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Krankenhausleitung und Mitarbeitern des Krankenhauses zu prüfen, wie ein zukunftssicheres Unternehmenskonzept des Krankenhauses angesichts der veränderten bzw. der sich in Veränderung begriffenen Rahmenbedingungen erstellt werden kann. Hierbei ist auch eine gesellschaftsrechtliche Neuordnung in Betracht zu ziehen. Insbesondere bedarf dies einer Abklärung von Vor- und Nachteilen einzelner Rechtsformen mit Blick auf Inhalt, Organisation, Finanzen, Steuern und Personal.“

Herr **Behrens** betonte, dass aus der Fürsorgepflicht für das Städt. Hellmig-Krankenhaus die Notwendigkeit erwachse, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Einrichtung wie vorhanden zu erhalten. Dieser Weg dürfe nur verlassen werden, wenn nachgewiesen sei, dass die Probleme des Krankenhauses in dieser Form nicht zu lösen seien. Zunächst seien die Probleme zu analysieren und Lösungswege zu erarbeiten. Erst wenn die Problemlösung in der derzeitigen Rechtsform nicht möglich sei, sollten Alternativen in Betracht gezogen werden. Ein grundsätzliches Problem schafften auch die sich ständig verändernden Rechtsgrundlagen. Herr Behrens stimmte mit Herrn Kissing darin überein, dass die Vorstellungen der Fraktionen nicht weit auseinander lägen. Die Schritte müssten jedoch nacheinander erfolgen.

Die Vorstellungen von Herrn Behrens bezeichnete Herr **Kaminski** als den politisch richtigen Weg. Mit der Beauftragung des Gutachtens sei bereits der richtige Weg eingeschlagen worden. Zunächst müsse der Verwaltungsleitung des Krankenhauses die Möglichkeit gegeben werden, eingeleitete Maßnahmen auch umzusetzen. Bevor nicht der Bericht der Geschäftsführung politisch diskutiert sei, sei der Antrag der CDU-Fraktion wenig hilfreich.

Frau **Dyduch** unterstrich, dass es in der Verantwortung des Rates liege, wie in der Öffentlichkeit über das Krankenhaus diskutiert werde. Es sollte ein vorsichtiger Weg beschritten werden. Den Antrag der FDP-Fraktion lehne ihre Fraktion ab. Der Vorschlag von Herrn Kissing verbinde die Überlegungen der SPD- und der CDU-Fraktion, so dass ihre Fraktion diesen Beschlussvorschlag mittragen könne.

Die Anträge der großen Fraktionen verfolgten die gleiche Intention, sagte Herr **Hasler**. Da es um ein sehr wichtiges Thema gehe, sei die CDU-Fraktion auch für eine Modifizierung ihres Antrages offen. Seitens der CDU-Fraktion bestehe auch dahingehend Übereinstimmung, dass der Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt und auch nicht in die Beschlussformulierung eingearbeitet werden sollte. Im Interesse aller Beteiligten sollte das klare Signal gegeben werden, dass der Rat das Krankenhaus für die Bürgerinnen und Bürger erhalten wolle.

Herr **Ebbinghaus** verließ um 18.20 Uhr den Sitzungssaal und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr **Kloß** erinnerte daran, dass sich die BG-Fraktion bereits vor einem Jahr mit teilweise gleichen Argumenten deutlich zum Krankenhaus geäußert habe und hierfür kritisiert worden sei. Es sei viel Zeit verschenkt worden. Bevor die Fraktionen weiter diskutierten, beantrage seine Fraktion, die Situation zunächst aus Sicht der Verwaltung darzustellen.

Frau **Schneider** zeigte sich erfreut über den Lösungsansatz, den auch ihre Fraktion mittragen könne. Es gehe um den Erhalt des Krankenhauses und nicht um Urheberrechte.

Die Stellungnahme der Verwaltung sei ohnehin angekündigt gewesen, legte Herr **Hupe** dar. Den Vorwurf der Untätigkeit weise er entschieden zurück. Seitens der Verwaltung und der Betriebsleitung des Krankenhauses sei intensiv an der Gesamtproblematik gearbeitet worden.

Herr **Baudrexl** führte aus, dass die Aussagen im Gutachten und die folgenden erstmaligen negativen Jahresabschlüsse mit Erschrecken aufgenommen worden seien. Unterschwellig seien Vermutungen über die Wirtschaftlichkeit und einen möglichen Verkauf des Krankenhauses zu hören gewesen. Mittlerweile sei man einen großen Schritt weitergekommen, wie durch Ausschusssitzungen, Jahresabschlussbesprechungen und Unterlagen der Wirtschaftsprüfer belegt sei. Unter kompetenter neuer Leitung könne das Krankenhaus selbstbewusst sagen, dass es trotz roter Zahlen und des Druckes gelungen sei, Wirtschaftlichkeitspotentiale auszuschöpfen. Belegt sei auch, dass das Städt. Hellmig-Krankenhaus im Vergleich zu anderen Krankenhäusern sowohl im Sach- als auch im Personalkostenbereich sehr wirtschaftlich arbeite. In der heutigen Ratssitzung sei deutlich geworden, dass sich der Rat in großer Mehrheit für den Erhalt des Krankenhauses in kommunaler Trägerschaft bekenne. Derzeit präferiere niemand – mit Ausnahme des FDP-Antrages - einen Verkauf oder eine Privatisierung des Krankenhauses. Dies sei für alle Beteiligten und insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses eine wichtige Feststellung.

Es sei bekannt, so Herr Baudrexl weiter, dass es trotz Ausschöpfung weiterer Wirtschaftlichkeitspotentiale voraussichtlich nicht gelingen werde, zeitnah eine positive Bilanz zu erreichen. Das Problem liege auf Ebene der Schere zwischen den Personalkosten und der Budgetierung. Am Beispiel Lünen werde deutlich, dass es sich nicht nur um eine BAT-Schere handle. Durch die Einführung des DRG-Systems gebe es aber eine Perspektive zur Veränderung der Einnahmesituation. Auf Basis des vorhandenen Datenmaterials könne heute bereits ermittelt werden, dass sich durch den Systemwechsel die Einnahmesituation nachhaltig verändern wird. Ungewissheit bestehe allerdings darüber, inwieweit die Fallpauschalen tatsächlich realisiert und die Fallzahlen gehalten werden können. Die Verwaltung und die Krankenhausleitung sähen daher neben den ohnehin selbstverständlichen Themen, z.B. Ärzteshaus, Energiekosteneinsparungen weiteren Handlungsbedarf darin, gemeinsam mit der Mitarbeiterschaft noch vorhandene Wettbewerbsnachteile abzubauen. Aus gemeinsamer Sichtweise stehe am Ende vielleicht auch die Frage, ob eine andere Rechtsform die günstigere sein könne. Insofern werde auch der Aspekt einer Miteinbeziehung der Prüfung von Rechtsformen nicht außer acht gelassen. Aber auch in der bisherigen Rechtsform würden Möglichkeiten gesehen, die Bilanzen positiv verändern zu können.

Herr **Hupe** ergänzte, dass seitens der Verwaltungsleitung die besondere Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie des Personalrates vorgesehen sei.

Die FDP-Fraktion sehe ihren Antrag als Erweiterung an, erläuterte Herr **Bremmer**. Die Verwaltung solle beauftragt werden, die Chancen und Risiken einer Privatisierung des Städt. Hellmig-Krankenhauses zu prüfen und den Rat über das Ergebnis der Prüfung zu informieren. Es gehe nicht um eine Entscheidung zur Privatisierung. Seine Fraktion könne aber auch dem weniger weitgehenden gemeinsamen Beschlussvorschlag der SPD- und CDU-Fraktion zustimmen.

Herr **Hupe** ließ sodann über die Anträge abstimmen.

Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion:

“Die Verwaltung wird beauftragt, die Chancen und Risiken einer Privatisierung des Städt. Hellmig-Krankenhauses zu prüfen. Über das Ergebnis der Prüfung wird der Rat der Stadt Kamen informiert“.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wurde bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mit Mehrheit abgelehnt.

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion:

“Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Krankenhausleitung und Mitarbeitern des Krankenhauses zu prüfen, wie ein zukunftssicheres Unternehmenskonzept des Krankenhauses angesichts der veränderten bzw. der sich in Veränderung begriffenen Rahmenbedingungen erstellt werden kann. Hierbei ist auch eine gesellschaftsrechtliche Neuordnung in Betracht zu ziehen. Insbesondere bedarf dies einer Abklärung von Vor- und Nachteilen einzelner Rechtsformen mit Blick auf Inhalt, Organisation, Finanzen, Steuern und Personal.“

Abstimmungsergebnis: Der gemeinsame Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 21.

Erweiterung des Aufgabengebietes des dritten Beigeordneten
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** begründete den Antrag mit der frühzeitigen Planungssicherheit. Die Aufgabenbereiche Schule und Jugend tangierten sich immer häufiger und seien nur schwer voneinander zu trennen. Der Rat und die Verwaltung sollten daher die Lebensbereiche von Kindern

und Jugendlichen nicht getrennt betrachten und die Aufgaben auch in der Verwaltung zusammenführen. Das Ausscheiden von Herrn Flaskamp ermögliche eine neue Dezernatsverteilung.

Herr **Hupe** zeigte sich über den Antrag insofern verwundert als ein Verfahren gewählt werde, von dem der Rat der Stadt Kamen bisher noch keinen Gebrauch gemacht habe. Im Jahre 1997 sei ein Antrag zur Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten gestellt und im Rat abgelehnt worden. Herr Hupe stellte persönlich als wichtig fest, dass er erwar-

tet habe, dass einem neu gewählten Bürgermeister das Recht gewährt werde, nach § 62 GO NRW einen Vorschlag zur Dezernatsstruktur zu unterbreiten. Befremdlich sei zu diesem Zeitpunkt der Vorschlag der CDU-Fraktion über eine Einzelzuweisung von Aufgaben an einen Beigeordneten. Das formale Recht des Rates stelle er nicht in Frage. In der Vergangenheit sei es aber guter Stil gewesen, zunächst den Vorschlag des Bürgermeisters abzuwarten. Außerdem gehe es um die Gesamtneuverteilung der Aufgaben von Herrn Flaskamp. Hierbei müsse auch die mögliche Ausschussstruktur nach der Kommunalwahl 2004 beachtet werden. Herr Hupe schlug vor, ihm zunächst Gelegenheit zu geben, dem Rat noch in diesem Jahr eine Gesamtneuordnung der Dezernatsstruktur zu unterbreiten.

Die gemeinsame Behandlung von bestimmten Themen der Bereiche Jugend und Schule sei unbestritten, legte Frau **Dyduch** dar. Dem Bürgermeister müsse aus Sicht der SPD-Fraktion aber die Chance auf Eigenverantwortung bei der Gestaltung der Verwaltungsstrukturen eingeräumt werden. Zunächst sollte das Gesamtkonzept abgewartet und bewertet werden. Die SPD-Fraktion würde es daher begrüßen, wenn der Antrag nicht zur Abstimmung gestellt würde.

Die CDU-Fraktion sehe durchaus, so Herr **Kissing**, dass der Bürgermeister auch einen gewissen Anspruch darauf habe, eigene Vorstellungen zu entwickeln. Seiner Fraktion gehe es darum, frühzeitig auf ihre Position zu diesem Punkt aufmerksam zu machen. Die unzureichende Nähe von Schule und Jugend sei nicht nur in Kamen ein Mangel. Seitens der CDU-Fraktion stellte Herr Kissing den Antrag bis zur Vorstellung der Neuordnung zurück. Allerdings hoffe seine Fraktion, dass ihre Überlegungen mit einfließen werden.

Herr **Hupe** informierte ergänzend, dass die Federführung für das Projekt der offenen Ganztagsgrundschule bereits im Einvernehmen mit dem ausscheidenden Herrn Flaskamp dem Dezernat III übertragen worden sei. Durch die Vertretungsregelung sei die Aufgabenwahrnehmung sichergestellt.

Die CDU-Fraktion liege in ihrer Begründung für die Bündelung der Aufgaben von Schule und Jugend in der Sache nicht weit mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auseinander, erklärte Frau **Schneider**. Es liege aber nicht im Interesse ihrer Fraktion, laufend über die Organisationsstruktur der Verwaltung abzustimmen. Die Antragsrückstellung werde begrüßt, da ihre Fraktion den Antrag andernfalls abgelehnt hätte.

Zu TOP 22.

Einwohnerfragestunde

Frau **Thamm-Ataian**, Lünener Str. 162 a, Kamen, trug vor, dass sie und weitere Anwohnerinnen und Anwohner der Lünener Str. sowie des Maussegatts bereits seit längerer Zeit die Lärmbelästigung durch den Betrieb des Hundeplatzes ertragen müssten. Nunmehr gebe es Anlass für die Befürchtung, dass der Hundeplatz noch näher in Richtung der Wohnbebauung verlegt werden könnte. Frau Thamm-Ataian fragte an, ob eine Verlegung des Hundeplatzes geplant sei.

Herr **Hupe** antwortete, dass es keine aktuellen Planungen gebe. Die

Problematik sei bekannt. Einvernehmlich wurde vereinbart, dass der zuständige Beigeordnete – Herr Baudrexl – ein ausführliches Informationsgespräch mit Frau Thamm-Atain führen wird.

Zu TOP 23.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen

1. Herr **Weigel** bezog sich auf die Mühlbachsanierung und die hierdurch entstandenen Wasserschäden einiger Anwohner der von-der-Becken-Straße. Das technische Problem sei offenbar gelöst, die Frage des Schadenersatzes aber nicht in allen Fällen. Herr Weigel fragte an, ob seitens der Verwaltung die Möglichkeit bestünde, den Bürgerinnen und Bürgern bei der Schadensregulierung mit dem Lippeverband zu helfen.

Aus seiner Funktion als Werkleiter des Eigenbetriebes Stadtentwässerung sei ihm bekannt, erläuterte Herr **Baudrexl**, dass Mitarbeiter des Eigenbetriebes moderierend tätig geworden sind und die Anwohner ihre Schäden beim Lippeverband geltend gemacht haben. Es gebe auch Schadenausgleich. Die Vorstellungen über die Höhe des Anspruchs auf Schadenausgleich seien allerdings nicht immer deckungsgleich mit der rechtlich möglichen Entschädigungshöhe. Alle Anträge würden bearbeitet. Detailfragen könne er natürlich nicht beantworten.

2. Herr **Hasler** sagte, dass das Land NRW einen Untersuchungsstab "Antikorruption" gebildet habe, der den einzelnen Betreibern von Müllverbrennungsanlagen angeboten habe, entsprechende Untersuchungen vorzunehmen. Insgesamt sei das Angebot an 9 Müllverbrennungsanlagen gegangen, von denen 6 das Angebot angenommen haben und Überprüfungen durchgeführt worden sind. In 3 Fällen seien staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die MVA Hamm habe das Angebot abgelehnt. Herr Hasler bat um Mitteilung, ob der Verwaltung die Ablehnungsgründe bekannt seien.

Herr **Hupe** antwortete, dass der Verwaltung aus der Presse bekannt sei, dass die MVA Hamm abgelehnt habe. Nicht bekannt sei eine Ablehnung durch den Kreis Unna. Einzelheiten werde er mit dem Landrat klären und das Ergebnis übermitteln.

3. Frau **Middendorf** wies auf Verunreinigungen durch Blätter und Unrat auf dem ohnehin rutschigen Pflaster an der Bahnhofstraße, z. B. im Bereich der Bücherei und der Rathaus-Apotheke, hin und bat um Mitteilung, ob dieser Bereich bereits vor Öffnung der Geschäfte und des Marktes gereinigt werden könne.

Herr **Hupe** sagte eine Überprüfung zu.

4. Herr **Behrens** machte darauf aufmerksam, dass die Sandsteinskulptur an der Pauluskirche aufgrund des umstehenden Baumwuchses kaum noch erkennbar sei, und fragte an, ob die Stadt einen Rückschnitt der Bäume vornehmen könne.

Wenn die Bischofsskulptur auf städt. Grund stehe, antwortete Herr **Hupe**, werde der Baubetriebshof die Arbeiten vornehmen. Andernfalls werde die Anregung an die zuständige Stelle weitergegeben.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
entfällt

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer